

stimmen, tun sie das also nicht allein deshalb, weil in ihnen besonders viele abgehängte Individuen leben. Stattdessen empören lokale Abstiegs Erfahrungen auch diejenigen, die selbst gar nicht abgehängt sind. Der Ort, an dem Menschen leben und arbeiten, beeinflusst zudem nicht nur ihren Standpunkt zu konkreten politischen Fragen, sondern auch, welche Fragen sie überhaupt als wichtig wahrnehmen. Wer in einer wachsenden Stadt lebt, wird das Thema «Mieten» naturgemäß als dringlicher empfinden als jemand, der auf dem Land lebt – auch wenn beide Personen in einem abgezahlten Reihenhaus leben.

Natürlich darf man die Bedeutung dieser Kontexteffekte nicht überzeichnen. Ein linker Berliner wird nicht über Nacht zum CDU-Wähler, wenn er aus beruflichen Gründen ins katholische Vechta zieht. Einen wichtigen Teil ihrer Einstellungsunterschiede bringen Städter und Dörfler bereits mit, wenn sie sich für ihren Wohnort entscheiden: Kosmopoliten zieht es in die Stadt, Kommunitaristen bleiben auf dem Land.²¹ Für die politische Intensität von Stadt-Land-Konflikten ist die Frage, warum Städter oder Dorfbewohner zu einem «Wir» zusammenwachsen, aber auch nicht entscheidend. Wichtiger ist, dass dieses «Wir» existiert und politisch mobilisiert werden kann. Solange die beiden Gruppen unterschiedliche politische Ziele haben, kann ein Konflikt zwischen ihnen entstehen, unabhängig davon, ob der Zielkonflikt durch Sozialisation oder Selbstselektion entstanden ist.

Dieses «Wir» kann auch deshalb besonders gut mobilisiert werden, weil unser politisches System entlang geografischer Linien organisiert ist. Das gilt für den Staatsaufbau, mit seinen Ebenen aus Gemeinden, Kreisen und Ländern, wie für die Parteien mit ihren Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden. Es gilt auch für die Wahlen selbst: Bei Bundestagswahlen wählen wir auf 299 verschiedenen Stimmzetteln. Wenn ein bestimmter Landesver-

band aus Gründen des Regionalproporz noch im Bundeskabinett vertreten sein muss, mag das regelmäßig für Spott sorgen. Es ist aber Ausdruck davon, dass regionale Gruppen, anders als praktisch alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, einen formalisierten Repräsentationsanspruch haben.

Eine latent vorhandene Chance zur Mobilisierung eines Konflikts benötigt allerdings konkrete Kristallisationspunkte, die von politischen Akteuren genutzt werden können, um diesen Konflikt zu aktivieren. In diesem Kontext gewinnt die Tatsache an Bedeutung, dass Deutschland heute, anders als zu Zeiten der «Bonner Republik», wieder über eine unbestrittene Metropole verfügt. Deshalb lautet die dritte Grundannahme schließlich, dass die Hauptstadt einen wichtigen Einfluss auf den Charakter des Stadt-Land-Konflikts in einem Land hat. Daher nimmt dieses Buch die Charakterisierung des wiedervereinigten Deutschlands als «Berliner Republik» ernst und fragt, welchen Einfluss Berlin selbst auf die politische Auseinandersetzung in Deutschland hat.

Die moderne Politikwissenschaft interessiert sich typischerweise nicht besonders für Hauptstädte, sondern überlässt sie als Thema Soziologen, Historikern und Geografen.²² In der Regel konzentrieren sich Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler auf politische Akteure – Wähler, Parteien, Verbände – und auf die Institutionen, die das Zusammenspiel dieser Akteure strukturieren. Die Frage, in welchen konkreten geografischen Zusammenhängen Politik entsteht und wie Politik nach außen symbolisch repräsentiert wird, spielt dagegen nur selten eine Rolle.²³ Das mag damit zu tun haben, dass die Effekte von Hauptstädten empirisch schwer zu untersuchen sind: Jedes Land hat ja immer nur eine Hauptstadt, die sich zudem fast nie ändert.

Der Charakter der Hauptstadt beeinflusst die nationale Politik aus zwei Gründen. Zum einen beschränken sich die gerade be-

schriebenen Kontexteffekte nicht auf die Nachfrageseite der Politik – die Wähler –, sondern dürften analog auch auf die Angebotsseite wirken, also auf das, was gemeinhin als der «politische Betrieb» gilt. Zu diesem Betrieb gehören Abgeordnete und Minister, Mitarbeiter in Parlament und Parteizentralen, Ministerialbeamte, Berater, Verbandsvertreter, Lobbyisten, Thinktanker und nicht zuletzt Journalisten. Wenn der soziale Kontext, in dem Menschen leben und arbeiten, ihre Wahrnehmung politischer Probleme prägt, gilt dies natürlich auch für die Angehörigen des politischen Betriebs. Deshalb bleibt es nicht ohne Einfluss, dass Berlin heute der Kontext ist, in dem Meinung und Politik gemacht werden, in dem die Parteien ihre Positionen entwickeln, ihre Strategien formulieren und ihre führenden Köpfe auswählen.

Zum anderen leben politische Identitäten von einer zweifachen Einteilung in «Wir» und «die Anderen». Die Unterscheidung zwischen Stadt und Land dient dabei oft nicht bloß der Bestimmung eines «Wir», sondern mindestens ebenso sehr der Abgrenzung von «den Anderen». Diese Abgrenzung läuft allerdings vor allem in eine Richtung. Während «die Stadt» und «die Metropole» seit jeher scharfe Kritik auf sich ziehen, wird «das Land» nur selten zur Negativfolie überzeugter Städter.

Ebenso wie die erfolgreiche Identifikation des «Wir» sich aber häufig an konkreten Symbolen festmacht – der Dom, das Kölsch, der FC –, werden auch «die Anderen» regelmäßig an ebensolchen Symbolen identifiziert. Wer sich in den USA von Städtern abgrenzen will, kritisiert keine abstrakte Gruppe, sondern beschimpft New Yorker. Sein Gegner habe «New York values», warf der Texaner Ted Cruz seinem Kontrahenten Donald Trump im amerikanischen Vorwahlkampf 2016 vor, sei also gar kein Vertreter des «wahren» Amerika, sondern eigentlich Teil der verhassten Elite. Ganz ähnlich formulieren in Deutschland – siehe oben – Friedrich Merz oder Jens Spahn (und natürlich

auch Alexander Gauland) mit Blick auf Berlin. In gewisser Weise handelt es sich beim Metropolen-Backlash also um einen Berlin-Backlash.²⁴ Ursachen und Form dieses Backlash lassen sich deshalb nur vollständig verstehen, wenn man berücksichtigt, dass Deutschland heute erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder ein Land mit einer Metropole ist. Aus der Bundesrepublik ist in den letzten 20 Jahren insofern tatsächlich eine «Berliner Republik» geworden.

Was sind «Stadt» und Land?»

An dieser Stelle ist es nötig, eine längere Bemerkung zur Begrifflichkeit vorzuschicken. Die vereinfachende Gegenüberstellung von «Stadt» und «Land» erweckt den Eindruck, hierbei handle es sich um zwei homogene Gruppen, zwischen denen sich eine klare Unterscheidung ziehen lasse. Dabei seien die Städte die Heimat kosmopolitischer Modernisierungsgewinner, während auf dem Land kommunitaristische Modernisierungsverlierer lebten. Diese Gegenüberstellung ist aus mindestens drei Gründen zu simpel.

Erstens ignoriert sie die gerade in Deutschland sehr große Heterogenität innerhalb der beiden Gruppen. Es ist häufig üblich, «das Land» mit «abgehängten Regionen» und «die Städte» mit prosperierenden Metropolen gleichzusetzen. Das passt in Deutschland aber weder für «die Städte» noch für «das Land». Zwar sind Hamburg, München, Frankfurt und ihr jeweiliger Speckgürtel tatsächlich Beispiele für boomende, international vernetzte Metropolregionen. Für das Ruhrgebiet, den größten deutschen Ballungsraum, passt diese Beschreibung aber kaum. Nicht weniger groß sind die Unterschiede zwischen den ländlichen Regionen. Während es insbesondere in Ostdeutschland

tatsächlich Regionen gibt, die unter Überalterung und schrumpfender Bevölkerung leiden, prosperieren Teile Niederbayerns, Brandenburgs oder Schwabens und ziehen auch neue Bevölkerung an.

Zweitens ignoriert diese simple Gegenüberstellung die großen Unterschiede innerhalb einzelner Großstädte. Nur weil München boomt, ist längst nicht jeder Münchner ein Modernisierungsgewinner. Im Gegenteil: Wie das Thema Mieten zeigt, werden viele Großstädter zu Opfern eines vom wirtschaftlichen Erfolg ihrer Stadt ausgelösten Verdrängungswettbewerbs. Umgekehrt gibt es in den Universitätsstädten des Ruhrgebiets Viertel, in denen die akademische Mittelklasse ebenso dominant ist wie in Teilen Hamburgs oder Kölns.

Wer über den politischen Kontext «Berlin» spricht, meint denn auch meistens die Bezirke innerhalb des S-Bahn-Rings, mit denen die Außenbezirke politisch wenig gemeinsam haben. So holten die Grünen bei der Bundestagswahl innerhalb des S-Bahn-Rings 35,2% der Stimmen, außerhalb dagegen bloß die Hälfte. Bei CDU und AfD waren die Verhältnisse gerade umgekehrt.²⁵

Das ist keine Berliner Besonderheit. Abbildung 1.1 zeigt einen ganz ähnlichen Zusammenhang für das Grünen-Ergebnis in Hamburg: sehr stark in den Innenstadtbezirken, umso schwächer, je weiter man sich vom Stadtzentrum entfernt. Die Heterogenität innerhalb der Städte ist zudem Ausdruck einer noch größeren Homogenität einzelner Stadtteile: In Berlin, Hamburg oder Köln gab es bei der Bundestagswahl Viertel vom Umfang kleinerer Großstädte, in denen die Grünen mehr als 40% der Stimmen holten und die AfD weniger als 3%.

Drittens ignoriert die einfache Dichotomie zwischen Stadt und Land, dass ein gar nicht kleiner Teil der Bevölkerung weder in eindeutig städtischen noch in eindeutig ländlichen Kontexten lebt. Die Gemeinden an den S-Bahn-Trassen im Speckgürtel der